

# **JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK**

herausgegeben vom Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik  
an den österreichischen Universitäten

vol. XXVII 4–2011

## **Internet und Demokratie**

Schwerpunktredaktion: Frederik Holst, Wolfram Schaffar

mandelbaum *edition südwind*

## Inhaltsverzeichnis

- 4      FREDERIK HOLST, WOLFRAM SCHAFFAR  
Internet und Demokratie
- 9      THOMAS KERN, SANG-HUI NAM  
Zivilgesellschaftliche Mobilisierung und neue Kommunikations-  
technologien in Südkorea, Taiwan, den Philippinen und Thailand
- 30     CHRISTOPH AMTHOR  
Virtuelle Heimat und reale Chancen:  
Online-Mediennutzung der birmanischen Diaspora
- 49     WOLFRAM SCHAFFAR  
Der Staat im Internet:  
Nutzung und Kontrolle des Internets in Singapur
- 72     EVA EICHENAUER  
Alternative Realitäten im Internet: Eine vergleichende Analyse  
malaysischer Print- und Onlinemedien
- 92     FREDERIK HOLST  
Cyberspace – A Better Place?  
Ethnicization in Malaysia's Online Media
- 114    WALTER SCHICHO, INGEBORG GRAU  
Irmir Maral-Hanak (1967–2011)
- 117    Rezension
- 119    Schwerpunktredakteure und AutorInnen
- 122    Impressum

**FREDERIK HOLST, WOLFRAM SCHAFFAR**  
**Internet und Demokratie**

In den vergangenen Monaten hat sich die Debatte um den Zusammenhang von Internet und Demokratie zu einer zentralen Frage in der Entwicklungszusammenarbeit herausgebildet: Viele internationale AkteurInnen der EZA unterhalten Programme zur Kooperation mit Netz-AktivistInnen. US-amerikanische Stiftungen wie die *Open Society Foundations* von George Soros oder die *National Endowment for Democracy* setzen zur Demokratieförderung seit längerem auf die Unterstützung von InternetaktivistInnen, und auch bei deutschen politischen Stiftungen wie der Heinrich-Böll- oder der Friedrich-Naumann-Stiftung spielt die Kooperation mit Mediengruppen eine wichtige Rolle.

Die Frage, inwieweit internetbasierte *Social Media* (wie Facebook, Twitter, Blogs) zur Demokratisierung beitragen, ist deshalb eine zentrale, weil sich hier völlig konträre Einschätzungen gegenüberstehen. Einerseits wird die These vertreten, das Internet fördere Demokratie, da es wegen seiner Übertragungsgeschwindigkeit und seines netzwerkartigen Aufbaus nicht effektiv zensiert werden könne und zudem durch seinen nichthierarchischen Aufbau eine demokratische Organisationskultur stimuliere. Diese Gedankenfigur ist die Legitimationsgrundlage vieler EZA-Programme.

Demgegenüber zeichnet sich eine andere, gegenteilige Einschätzung am Horizont ab, die bisher eher in akademischen Untersuchungen diskutiert wird und noch kaum einen wahrnehmbaren Einfluss auf die Strategien der EZA-Akteure entfaltet hat: Vielerorts scheinen autoritäre Regierungen das Netz zur Überwachung, Eindämmung oder sogar Bekämpfung von politischer Opposition nutzbar machen zu können. Den Gebrauch des Netzes zur politischen Arbeit zu fördern – wie von vielen EZA-Akteuren derzeit unterstützt –, könnte sich damit geradezu als kontraproduktiv erweisen.

Die Debatte ist bisher in mehrfacher Hinsicht verzerrt: Zum einen findet sie bislang nur in periodischen Schüben statt: Sie flammt aus Anlass konkreter

Umbrüche auf und wird dann meist in den Zeitungen oder auf Blogs tagesaktuell diskutiert. Als Muster ist dabei zu beobachten, dass sich in die Begeisterung über eine neu entstandene Demokratiebewegung die Ansicht mischt, die neuen Medien seien der Katalysator für den Umbruch. Eine nüchterne Analyse ist dagegen oft nicht möglich, während die Idee vom demokratiestiftenden Internet durch verschiedene externe Prozesse verfestigt wird. Ein Beispiel dafür ist die Verleihung verschiedener Preise an die führenden MedienaktivistInnen aus Nordafrika im Rahmen von Veranstaltungen wie dem Global Media Forum der Deutschen Welle in Bonn.

Dabei wird jedoch ausgeblendet, welche längerfristigen Tendenzen beobachtbar sind: Warum waren die Mönche in Burma/Myanmar 2007 nicht erfolgreich und was wurde aus den damals so zentralen Medienprojekten? Was passierte mit den Internet-AktivistInnen im Iran nach der Niederschlagung der sogenannten Grünen Revolution 2009? Und jüngst: Wie ist die Situation der MedienaktivistInnen in Ägypten nach dem Umbruch? Die Verurteilung des Bloggers Maikel Nabil Sanad im post-revolutionären Ägypten und sein anschließender Hungerstreik werfen fundamentale Fragen auf.

Zum anderen ist die Debatte von meist jungen, internetbegeisterten AktivistInnen geprägt, die auf der Grundlage ihrer frischen Politisierung von den Möglichkeiten des Internets schwärmen. Sie sehen sich als Avantgarde, unterschätzen aber manchmal die Vorarbeit von oder die Zusammenarbeit mit älteren und wenig internetkundigen AktivistInnen. Das Ausland überhört die anderen Stimmen systematisch, da sich die Jüngeren auf Englisch über Twitter und Facebook äußern und im Westen verstanden werden. Die arabisch-, persisch- oder burmesischsprachigen Stimmen, die in den Ländern selbst kursieren, gedruckte Flugblätter mit Forderungen, all diese Quellen bleiben außerhalb der Wahrnehmung der JournalistInnen und vielfach auch der ForscherInnen, was das Bild zugunsten der Internet-UtopistInnen verzerrt.

Will man jedoch diese Verzerrungen vermeiden und Untersuchungen längerfristig und auf originalsprachigem Material empirisch fundieren, offenbart sich eine Vielzahl von methodischen und theoretischen Problemen. Dieser Band ist ein erster Schritt, die Debatte um den Zusammenhang von Internet und Demokratie aus einer sozialwissenschaftlichen Perspektive zu betrachten und die Verzerrungen der tagesaktuellen

Debatte zu überwinden: Die Beiträge setzen sich von den üblichen Einlassungen dadurch ab, dass es sich um Langzeitstudien zu einzelnen Ländern oder Regionen handelt, die auf der Grundlage von Feldforschungen oder anderen Untersuchungen entstanden sind, bei denen die AutorInnen die Sprache des Landes beherrschen oder sich um systematischen Zugang zu originalsprachigen Quellen bemüht haben. Ebenso prägt die Beiträge eine größere Einbettung der untersuchten sozialen Bewegungen: InternetaktivistInnen werden nicht isoliert betrachtet, sondern als Teil von größeren Zusammenhängen politischer und sozialer Bewegungen.

Der Band beginnt mit einem Beitrag von Thomas Kern und Sang-hui Nam, die in einer vergleichenden Studie die Rolle von neuen Medien in den Demokratisierungsprozessen Taiwans, Südkoreas, der Philippinen und Thailands einander gegenüberstellen. Diese Länder gleichen sich dahingehend, dass sie zu einem ähnlichen Zeitpunkt eine politische Transition durchlaufen haben, jedoch aufgrund unterschiedlicher wirtschaftlicher Entwicklung eine verschieden starke Durchdringung von neuen Kommunikationsmedien zeigen. Bezüglich der Rolle, die die neuen Medien für die sozialen Bewegungen spielen, zeigen sich jedoch charakteristische Unterschiede zwischen den Ländern, was darauf verweist, dass neben den Größen Internetdurchdringung und zivilgesellschaftliches Engagement weitere Faktoren wichtig sind.

Diesem Beitrag folgt die Arbeit von Christoph Amthor, der die burmesische Demokratiebewegung im Exil untersucht und ebenso auf die Rolle der neuen Medien für die politische Aktivität fokussiert. Der Beitrag steht im Kontrast zum vorhergehenden in zweierlei Hinsicht: Die Akteure der Demokratisierung sind nicht wie in den Fällen von Kern und Nam zivilgesellschaftliche Bewegungen im Land selbst. Das heißt, die von Kern und Nam im nationalstaatlichen Rahmen betrachteten Größen wie Internetanschlüsse und zivilgesellschaftliches Engagement stellen sich im Falle Burmas ganz anders dar, dies verweist auf den transnationalen Charakter der Problematik. Zum anderen deutet Amthor den Begriff der Öffentlichkeit, den Kern und Nam unter Berufung auf Habermas und Putnam zur Grundlage ihrer Analyse machen, als *Mediascape* sowie Heimat einer Diaspora und führt eine spezifische räumliche Lesart des Internet ein.

Wolfram Schaffar wiederum zieht diese Metapher eines neuen Raumes, der von den neuen Medien aufgespannt wird, grundsätzlich in

Zweifel. In seiner Untersuchung der Genese und Funktionsweise der Internetregulierung in Singapur argumentiert er, dass entgegen dem suggestiven Schlagwort vom Cyberspace, in dem sich Zivilgesellschaft und Staat ein Gefecht liefern, sowohl der „Raum“ Internet als auch der „Staat“ von gesellschaftlichen Prozessen erzeugt werden. Vor dem Hintergrund einer materialistischen Staatstheorie plädiert er dafür, Demokratisierungsprozesse und andere politische Auseinandersetzungen nicht als qualitativ andere Prozesse zu sehen, sondern als Konflikte, deren Charakter und Verlauf von den Macht- und materiellen Ressourcen der Akteure geprägt sind, wie sie in der Offlinewelt herrschen.

Dass es in diesem Themenkomplex trotz gleichem Fallbeispiel durchaus unterschiedliche Perspektiven auf die Rolle des Internets und der theoretischen Einordnungen geben kann, zeigen die Beiträge von Eva Eichenauer und Frederik Holst über Malaysia, die den Band abschließen. Die Allah-Debatte dient Eichenauer dazu, im Kontext von Luhmanns Systemtheorie die Entstehung öffentlicher Meinung in einem semi-autoritären Regierungssystem zu untersuchen, dessen Mediensystem von starken Restriktionen im Print-Bereich geprägt ist, wohingegen Online-Medien relativ frei operieren können, wodurch neue diskursive Räume eröffnet werden. Gleichzeitig zeigt der Artikel die Schwierigkeiten auf, die mit der Anwendung eines auf Europa ausgelegten Modells auftreten können – ein Spannungsfeld, das insbesondere in den Regionalwissenschaften regelmäßig thematisiert wird.

Als komplementäre Perspektive geht Frederik Holst einer ähnlichen Frage nach, wie sie in Schaffars Beitrag aufscheint, und untersucht, ob „Cyberspace“ ein „better place“ ist, in dem primär egalitäre und partizipative Sichtweisen und Positionen dominieren oder die von dort aus gefördert werden können. Er untersucht in seinem Artikel, inwieweit sich das ethnisierte Gesellschaftssystem auf die Onlinesphäre auswirkt und zeigt anhand von Manifestationen und Implementationen von Ethnisierung, dass – insbesondere ethnisierte – „Offline“-Machtstrukturen ebenso „online“ existieren. Er hebt dabei einen häufig vernachlässigten Aspekt von Netznutzung und -inhalten hervor, indem er mit Beispielen aus der jüngsten Vergangenheit zeigt, dass nach den eher progressiv-oppositionell eingestellten Netzpionieren nun auch Gruppen mit extremeren Positionen als in den Mainstream-Medien erlaubt ihre Ideologien verbreiten und Anhänger

versammeln. Die Wechselwirkungen zwischen den Diskursentwicklungen „online“ und „offline“ unterstreichen die Notwendigkeit, das Potential des Netzes nicht primär oder gar ausschließlich positiv zu sehen, sondern einer kritischen Betrachtung zu unterziehen, die antiemanzipatorische Kräfte nicht aus dem Blickfeld verliert.

Beide Artikel eint die Fragestellung, was denn überhaupt als „demokratisch wünschenswert“ oder „liberal“ zu verstehen ist. Diese Einordnungen werden oftmals von europäisch orientierten Wissenschaftspositionen aus untersucht, aber gerade das Spannungsfeld Demokratie und Internet zeigt die Notwendigkeit, die Akteure, die sich darin bewegen, genauer zu untersuchen, um nicht durch eine normative Perspektive bestimmte Ergebnisse vorwegzunehmen und andere aus den Augen zu verlieren.

Die hier versammelten Arbeiten sind in ihren Herangehensweisen sehr unterschiedlich und illustrieren damit sowohl die Vielfalt der Disziplinen, die zum Thema einen Beitrag leisten können, als auch die Vielfalt der theoretischen Zugänge. Was die Beiträge jedoch verbindet, ist, dass sie – unabhängig davon, welchen theoretischen Zugang und welches analytische Instrumentarium sie wählen – die Kategorien selbst zum Thema ihrer Auseinandersetzungen machen. In der Reflexion der Herangehensweisen weisen die Arbeiten daher über den gewählten theoretischen Rahmen hinaus und können als Suchbewegungen gelten, die ausloten, welcher theoretische und methodische Zugang welche Ergebnisse zeitigt. Angesichts der Dynamik der technischen und politischen Entwicklungen der vergangenen Monate mag eine solche Suchbewegung langsam und die Ergebnisse mögen zum Zeitpunkt der Veröffentlichung bereits teilweise überholt erscheinen. Für eine fundierte Auseinandersetzung mit dem Thema Internet und Demokratie aus der Sicht der Entwicklungsforschung ist ein solches Vorgehen, das als transdisziplinär umrissen werden kann, jedoch unerlässlich.